

# Thüringer CDU auf „Rechtsaußenkurs“

CDU und AfD verantworten zunehmende Verrohung der politischen Kultur

**Die CDU wolle die politische Mitte repräsentieren, so hat Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, am 12. Dezember in der Plenardebatte um die erste Regierungserklärung von Ministerpräsident Bodo Ramelow betont, habe bis jetzt aber nicht einmal ihre eigene Mitte gefunden. Nach 24 Jahren in der Regierung ist die CDU ein schlechter Verlierer. Zudem bietet sie ein Bild größter Zerstrittenheit. Sich erbittert bekämpfende Flügel finden nur bei Attacken auf LINKE, SPD und Grüne zueinander.**

Mit ihrer Bemerkung reagierte Susanne Hennig-Wellsow auf den Redebeitrag von Mike Mohring, Fraktionsvorsitzender und seit dem 13. Dezember auch Landesvorsitzender der CDU Thüringen. Der hatte zwar am Ende seiner Rede gesagt, dass Gewalt gegen Abgeordnete kein Mittel der Politik sein dürfe – eigentlich eine Selbstverständlichkeit! –, vorher aber selbst die politische Auseinandersetzung immer wieder verbal angeheizt.

Wie schätzen externe Beobachter die Situation ein? Als „konservative Schmutzkampagne von AfD, CDU und Co. in Thüringen“ bezeichnet ein aktueller Artikel in der Internetzeitung The Huffington Post den Umgang mit der neuen Landesregierung und den sie tragenden Parteien.

Diese Einschätzung erfolgt völlig zu Recht. Der AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke hat mit nur zwei Plenarreden deutlich für die Wahrnehmung Werbung gemacht, dass es sich bei ihm wohl um einen politischen Hassprediger handelt. Während seiner zwischen peinlichem Pathos und sprachlichem Amoklauf oszillierenden, teils gebrüllten Tiraden entblödete er sich nicht, der Regierungskoalition eine „perverse Sicht auf die Welt“ zu unter-

stellen. Landtagsvizepräsidentin Margit Jung (DIE LINKE) musste eingreifen und ihn zur Mäßigung aufrufen. Man darf noch froh sein, dass Höcke während seiner Abgeordnetenzeit im Thüringer Landtag wenigstens den Schülerinnen und Schülern der Gesamtschule in Bad Sooden-Allendorf erspart bleibt, wo er vorher Lehrer war. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthias Hey brachte Höckes Psychogramm auf den Punkt: „Wenn politische Selbstüberschätzung Rad fahren könnte, müssten Sie bergauf noch bremsen.“

Doch ausgerechnet nach der von Höcke dominierten AfD Thüringen schießt die hiesige CDU. Die Landes-AfD ist selbst im internen Vergleich besonders weit rechts zu verorten. Genau dieses Taktieren in Richtung rechtspopulistische AfD ist der Grund, dass SPD-Geschäftsführer René Lindenberg inzwischen von einem neuen „Rechtsaußenkurs“ der CDU Thüringen spricht.

**Die CDU ist „dabei, sich nach hinten zu orientieren“**

Damit bringt diese sich sogar in Opposition zu ihrer Bundespartei. In den Tagen vor der Landtagssitzung war Mohring deshalb bundesweit mit Negativschlagzeilen in allen Medien. Beim CDU-Bundesparteitag in Köln wurde er wegen seiner AfD-Kontakte – durch einen Artikel des Spiegel öffentlich geworden – nicht wieder in den Bundesvorstand gewählt. Doch solche Konfrontationen sind offenbar einkalkuliert.

Beim CDU-Landesparteitag drohte dennoch Dieter Althaus Richtung Berlin, die Bundespartei dürfe der Landespartei nicht „Steine in den Weg“ legen. Gemeint war der Kurs Richtung AfD – also Richtung schwarz-braun. Die CDU sei „dabei, sich nach hinten zu orientieren“, analysiert Martin Debes tref-

fend in der Thüringer Allgemeinen.

Die immer maßloseren Attacken auf die neue Landesregierung führen zur zunehmenden Verrohung der politischen Kultur. „Sogar Vergleiche mit dem Aufstieg der NSDAP 1933“ seien in den sozialen Medien gezogen worden, merken die Autoren der Huffington Post an.

Leider haben sie auch damit Recht. Für diese Entgleisung ist der CDU-Landtagsabgeordnete Marcus Malsch aus Steinbach verantwortlich. Auf seiner Facebook-Seite „Marcus Malsch – Mach mit. Für Thüringen“ hat er nach seiner Kritik an der rot-rot-grünen Regierungsbildung geschrieben: „Bereits 1932 war es der Freistaat Thüringen, welcher den Weg für den ersten Vorsitzenden der Landesregierung Fritz Sauckel (NSDAP) freimachte.“

Neben kritischen Bemerkungen von Facebook-Nutzern findet sich als Reaktion darauf auch der folgende Kommentar von einem Facebook-Freund Malschs, der bis heute (Recherche am 15.12., 12.00 Uhr) auf der Seite steht: „jetzt haben wir die ROTE RATTE und nun ???“

Die von CDU und AfD ausgehende sprachliche Aggressivität hat ohnehin handgreifliche Konsequenzen. In Gera wollte jemand nicht mehr nur gegen Rot-Rot-Grün reden und schmierte ein Hakenkreuz an das Wahlkreisbüro der direkt gewählten Abgeordneten Margit Jung und Dieter Hausold. Der Täter wurde diesmal schnell ermittelt.

Anderorts wird der Regierungswechsel durchaus positiv gesehen. In der Huffington Post heißt es: „Der Koalitionsvertrag in Thüringen macht Hoffnung auf wirkliche Veränderung. Mit der DDR hat das nichts zu tun. Rot-Rot-Grün hat dabei die Chance verdient, an den Ergebnissen ihrer Politik gemessen zu werden.“

Stefan Wogawa

VON A BIS Z:

## Durchschnittsbürger

Die Bevölkerung Thüringens wird immer älter. Im Jahr 2013 waren die 2.160.840 Thüringer durchschnittlich 46,7 Jahre alt. Das sind nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik 7,6 Jahre mehr als noch vor zwei Jahrzehnten. Im Jahr 1993 betrug das Durchschnittsalter aller Thüringer 39,1 Jahre.

Der Anstieg des Durchschnittsalters schritt kontinuierlich voran. Im Jahr 1998 waren die Thüringer im Schnitt 41,1 Jahre, 2003 bereits 43,2 Jahre und im Jahr 2008 schon 45,3 Jahre alt. Besonders „gealtert“ ist die kreisfreie Stadt Suhl. Galt die Bevölkerung Suhls 1993 mit einem Durchschnittsalter von 37,6 Jahren noch als zweitjüngster Kreis im Freistaat, hat sie sich mittlerweile zur Stadt mit der ältesten Durchschnittsbevölkerung mit 50,2 Jahren gewandelt (plus 12,6 Jahre). In der Rangliste der Landkreise und kreisfreien Städte mit der ältesten Bevölkerung 2013 folgen die Landkreise Altenburger Land (49,5 Jahre) und Greiz (49,0 Jahre).

Die Stadt mit der geringsten Veränderung in den letzten zwei Jahrzehnten, welche auch gleichzeitig die jüngste Bevölkerung im Jahr 2013 unter den Landkreisen und kreisfreien Städten aufweist, ist Jena. Die Bevölkerung Jenas wies 2013 ein Durchschnittsalter von 42,4 Jahren auf (1993: 38,4 Jahre). Nach Jena folgt die kreisfreie Stadt Weimar mit 43,9 Jahren (plus 4,5 Jahre gegenüber 1993) und die kreisfreie Stadt Erfurt mit 44,1 Jahren (plus 5,7 Jahre gegenüber 1993). ■

## WICHTIGE TERMINE

### Plenarsitzungen des Thüringer Landtags:

Nach der parlamentarischen Weihnachtspause beginnt die Arbeit der Abgeordneten des Thüringer Landtags mit einer Wahlkreiswoche ab 5. Januar.

Für die nächsten Monate sind Plenarsitzungen des Thüringer Landtags anberaumt (jeweils mittwochs bis freitags): vom 28. bis 30. Januar, vom 25. bis 27. Februar, vom 25. bis 27. März sowie am 29. und 30. April.

Presseinformationen, Hinweise zu Veranstaltungen und Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Bündnis Schule

Thüringens Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, Dr. Birgit Klaubert (LINKE), macht sich für ein Bündnis für gute Schule in Thüringen stark. „Gemeinsam mit Lehrern, Eltern, Schülern sowie den Schulträgern will ich die Bedingungen für gute Schulbildung weiter ausbauen“, betonte die Ministerin. Dafür brauche es einen intensiven Dialog und eine konstruktive Zusammenarbeit. „Das biete ich allen, die in Thüringen Verantwortung für Schule tragen, ausdrücklich an. Ich will gemeinsam mit den Akteuren vor Ort über die erreichten Erfolge genauso wie über Probleme und ihre Lösung sprechen. Alle bestehenden Schularten erhalten dabei eine sichere Entwicklungsperspektive“, unterstrich Birgit Klaubert. ■

## Kommunen

Die Thüringer Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise hatten in den ersten neun Monaten 2014 Ausgaben in Höhe von 3.519 Millionen Euro. Damit lagen die Ausgaben nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik um 25 Millionen Euro bzw. 0,7 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die Personalausgaben als ein gewichtiger Ausgabeposten für die Kommunen stiegen gegenüber dem Vorjahreszeitraum, bedingt durch tarifliche Anpassungen und geringe Personalführungen, um 27 Millionen Euro auf insgesamt 1.007 Millionen Euro (+ 2,7 Prozent) an. Ebenfalls gestiegen sind die Ausgaben für soziale Leistungen. Insgesamt wurden 936 Millionen Euro dafür ausgegeben. ■

## Hochschulpakt

Thüringen wird in den Jahren 2016 bis 2023 aus dem Hochschulpakt von Bund und Ländern 210 Millionen Euro bekommen und will nach Angaben von Wirtschafts- und Wissenschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) damit vor allem die vorhandenen Studienplätze sichern und die Qualität des Studiums verbessern. Er wolle außerdem die Zahl der Studienanfänger im Freistaat mindestens konstant zu halten sowie verstärkt Studienanfänger aus anderen Bundesländern gewinnen. Die Ministerpräsidentenkonferenz hatte sich jetzt auf die letzte Phase des Hochschulpakts verständigt. An Thüringer Hochschulen beginnen jedes Jahr rund 10.000 junge Frauen und Männer ein Studium. ■